

(per E-Mail)

Herr Oliver Michalsky
Chefredakteur
Die Welt Digital
oliver.michalsky@welt.de

27. November 2020

Sehr geehrter Herr Michalsky,

wir beziehen uns auf den Artikel "Das hat mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nichts zu tun", der von Ihrem Redakteur Maximilian Kalkhof verfasst und am 23. November 2020 auf *Welt.de* veröffentlicht wurde. Wir bedauern, dass der Artikel Aussagen wie "Das hat mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nichts zu tun" enthält, die schlichtweg unwahr sind.

Im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesetzes über die nationale Sicherheit (das Gesetz) hat die Regierung betont, dass es darauf abzielt, das System unserer Stadt zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit sowie die langfristige Stabilität und Sicherheit der Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR) zu verbessern. Das Gesetz legt eindeutig fest, dass die legitimen Rechte und Freiheiten, einschließlich der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Prozessionsfreiheit, die den Einwohnern Hongkongs nach dem Basic Law, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wie sie auf Hongkong angewandt werden, zustehen, geschützt werden sollen.

Darüber hinaus berührt das Gesetz nicht die legitimen Rechte der Einwohner Hongkongs auf Ausübung der Redefreiheit, einschließlich der Kritik an der Politik oder an Entscheidungen der Regierung. Auch die Informationsfreiheit, die akademische Freiheit, politische Studien, der Schutz personenbezogener Daten und allgemeine Geschäftsaktivitäten werden nicht beeinträchtigt.

Die Regierung der SAR Hongkong erkennt uneingeschränkt an, dass die Rechtsstaatlichkeit der Eckpfeiler des langfristigen Wohlstands und der Stabilität Hongkongs ist, und ist entschlossen, diesen Grundwert jederzeit zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor, Wirtschafts- und Handelsbüro Hongkong in Berlin